

Beschlußempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
(20. Ausschuß)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Willibald Jacob, Heinrich Graf von Einsiedel,
Andrea Gysi, weiterer Abgeordneter und der Gruppe der PDS
– Drucksache 13/10067 –**

**Aufnahme der Entwicklungszusammenarbeit zwischen
der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kuba**

A. Problem

Die Bundesregierung soll dazu aufgefordert werden, eine entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit der kubanischen Regierung zu vereinbaren, die über Katastrophenhilfe hinaus insbesondere Projekte zur Unterstützung bei der Modernisierung und Instandsetzung der Infrastruktur, zur Unterstützung der Agrarkooperativen bei der Sicherstellung der Versorgung der kubanischen Bevölkerung mit Lebensmitteln, zur Sicherung des Bildungs-, Ausbildungs- und Gesundheitsniveaus des Landes und zur Stärkung der Eigeninitiative verschiedener gesellschaftlicher Akteure (kommunale und kirchliche Initiativen, Umweltgruppen, Verbände, Nichtregierungsorganisationen und genossenschaftliche Zusammenschlüsse) fördert. Dabei sollen Nichtregierungsorganisationen auf deutscher und kubanischer Seite als Träger von Projekten einbezogen werden. Weiter sollen die Verhandlungen über die Verbindlichkeiten Kubas aus Geschäften mit der damaligen DDR in die entwicklungspolitische Zusammenarbeit einbezogen und die Verbindlichkeiten vollständig erlassen werden. Die Einrichtung von Gegenwertfonds sei zu prüfen. Ebenso die Aufnahme der Lieferung von Milchprodukten für die Versorgung der kubanischen Kinder.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags.

**Mit der Mehrheit aller Fraktionen gegen die Stimme der Gruppe
der PDS**

C. Alternative

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Keine unmittelbaren Kosten.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 13/10067 abzulehnen.

Bonn, den 27. Mai 1998

Der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Dr. Uschi Eid
stellv. Vorsitzende

Armin Laschet
Berichtersteller

Gabriele Fograscher
Berichtersterlin

Wolfgang Schmitt (Langenfeld)
Berichtersteller

Roland Kohn
Berichtersteller

Bericht der Abgeordneten Armin Laschet, Gabriele Fograscher, Wolfgang Schmitt (Langenfeld) und Roland Kohn

I. Zum Beratungsverfahren

Der Deutsche Bundestag hat den **Antrag** der Gruppe der PDS in der **Drucksache 13/10067** in seiner 227. Sitzung am 2. April 1998 zur federführenden Beratung an den Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und zur Mitberatung an den Finanzausschuß und an den Haushaltsausschuß überwiesen.

Der **Haushaltsausschuß** hat über den Antrag in seiner Sitzung am 29. April 1998 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Gruppe der PDS empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Finanzausschuß** hat über den Antrag in seiner Sitzung am 27. Mai 1998 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Gruppe der PDS empfohlen, den Antrag abzulehnen.

II. Zum Inhalt der Beratungen

Der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hat die Vorlage in seiner 75. Sitzung am 27. Mai 1998 beraten.

Die Fraktion der CDU/CSU führte aus, der Antrag enthalte manches Richtige, vor allem aber viel Unzutreffendes. Im Jahre 1996 habe eine Delegation des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Kuba besucht. Die Delegation habe nach der Rückkehr aus Kuba empfohlen, die Entwicklungszusammenarbeit mit Kuba aufzunehmen. Es sei bekannt, daß die Bundesregierung hier eine andere Auffassung vertrete, daß es aber bereits eine Zusammenarbeit mit Kuba unterhalb der Ebene einer staatlichen Entwicklungszusammenarbeit gebe. Die Lage habe sich insofern verändert, als jetzt beispielsweise Senator Helms vorgeschlagen habe, humanitäre Hilfslieferungen an Kuba aufzunehmen und diese über die katholische Kirche und über die Caritas zu leisten. Die Caritas in Kuba sei bereits Partner deutscher Entwicklungszusammenarbeit insofern, als die kirchliche Entwicklungszusammenarbeit über die Caritas statfinde. Der Wandel im amerikanischen Kongreß sei begrüßenswert. Was an dem Antrag der Gruppe der PDS falsch sei, im Grunddenken und im Ansatz, sei die Frage des Erlasses der Schulden. Ein Schuldenerlaß könnte nur infrage kommen, wenn sich daran die Hoffnung knüpfen ließe, daß sich die Politik des Landes in positiver Weise verändern werde. In Kuba sei aber bisher kein Wandel der Politik, keine Reformbereitschaft feststellbar. Insofern würde durch den Schuldenerlaß eine falsche Politik honoriert. Aus der Sicht der Fraktion der CDU/CSU würde

auch ein falscher Weg eingeschlagen, wenn Kuba Trockenmilch geliefert würde. Man habe vor Ort Projekte der Deutschen Welthungerhilfe gesehen, die deutlich machten, daß Kuba in der Lage wäre, selbst genügend Milch zu produzieren, um damit die eigene Bevölkerung zu versorgen. Die Begründung für die Forderung nach Lieferung von Trockenmilch, daß nämlich die frühere DDR bereits über Jahre hinweg Trockenmilch geliefert habe, bewiese eigentlich nur, daß schon damals eine falsche Politik verfolgt worden sei. Die Fraktion der CDU/CSU werde den Antrag aus den genannten Gründen ablehnen.

Die Fraktion der SPD sah gute Argumente für die Aufnahme der Entwicklungszusammenarbeit mit Kuba. Vor allem die humanitäre Lage, die soziale und ökonomische Situation der Kubaner, vor allem derjenigen, die keinen Zugang zu Dollars hätten, sprächen für eine entwicklungspolitische Zusammenarbeit. Gewichtige Gründe sprächen aber gegen eine Aufnahme der Entwicklungszusammenarbeit. Die Menschenrechtslage in Kuba sei so, daß noch immer Regimegegner und -kritiker einfach verschwinden. Von oben her sei auch keine Demokratisierung zu erwarten. Die Fraktion der SPD werde den Antrag der Gruppe der PDS ablehnen.

Von seiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde erklärt, auch sie werde den Antrag der Gruppe der PDS ablehnen. Von Interesse sei, daß in dem Antrag noch immer ein ganz bestimmtes Denken zum Ausdruck komme. Zwar sei die Situation in Kuba für die Menschen sehr unangenehm, die Verantwortung dafür trage aber in erster Linie das kubanische Regime selbst. In Kuba seien die klassischen Strukturprobleme sogenannter sozialistischer Ökonomie sichtbar. Im Grunde müsse die gesamte kubanische Politik in Frage gestellt werden. Deshalb habe die Delegation des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung gut daran getan, den kubanischen Bedarf an Entwicklungszusammenarbeit und die Arbeit der Nichtregierungsorganisationen in Kuba anzuerkennen sowie die Bundesregierung aufzufordern, unterhalb der formellen staatlichen Ebene alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um das Los der Menschen in Kuba, die nicht die Möglichkeit hätten, sich von diesem Regime zu befreien, zu lindern.

Die Fraktion der F.D.P. brachte zum Ausdruck, dem Antrag lägen sozialistische Denkmuster zugrunde. Die entscheidende Frage für die Aufnahme von Entwicklungszusammenarbeit, nämlich wie mit einem politischen System umzugehen sei, das nach wie vor Partizipation nicht ermögliche, das Menschenrechte weiterhin in einem bemerkenswerten Maße unterdrücke, würde in dem Antrag gar nicht angesprochen. Aus diesem Grunde werde die Fraktion der F.D.P. den Antrag ablehnen.

Die Gruppe der PDS erklärte, in der Kritik an dem Antrag werde übersehen, daß die Haltung und die Stellung Kubas im Hinblick auf die staatliche Entwicklungszusammenarbeit interessengeleitet sei. Immer wieder sei festzustellen, daß trotz einer vergleichbaren Situation bei Staaten unterschiedlich verfahren werde. Bei Kuba werde auch nicht in Rechnung gestellt, daß es gesellschaftlich im Übergang sei. Man verstehe die Forderungen des Antrags, wie z.B. die nach Lieferung von Trockenmilch, durchaus als eine Unterstützung des Übergangs. Schuldenerlaß fordere die Gruppe der PDS nicht nur für Kuba, sondern für die schwächsten Entwicklungsländer generell. Da gebe es eine Differenz zwischen der Gruppe der PDS und den anderen Fraktionen. Die Gruppe der PDS beantragte Zustimmung zu dem Antrag.

Die Bundesregierung brachte zum Ausdruck, der Antrag mache in besonderer Weise deutlich, welches Gedankengut noch immer in der PDS wirksam sei. Die Bundesregierung mache die unterschiedlichsten Anstrengungen und wähle die unterschiedlichsten Mechanismen, um Prozesse innerhalb Kubas in die richtige Richtung zu befördern. Humanitäre Hilfe gewähre Deutschland seit Jahr und Tag. Auch die Europäische Union helfe insoweit in erheblicher Weise. Durch die massive Hilfe würden möglicherweise sogar die gegenwärtigen Strukturen am Leben erhalten. Man müsse befürchten, daß sich mit Fidel Castro dramatische Veränderungen in Kuba wahrscheinlich nicht einstellen würden.

Der Ausschuß lehnte den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der F.D.P. gegen die Stimmen der Gruppe der PDS ab.

Bonn, den 27. Mai 1998

Armin Laschet

Berichterstatter

Gabriele Fograscher

Berichterstatlerin

Wolfgang Schmitt (Langenfeld)

Berichterstatter

Roland Kohn

Berichterstatter